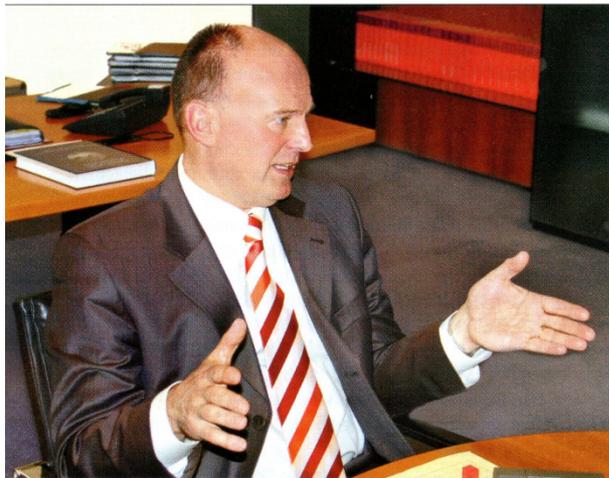


## »Man stärkt den Schwachen nicht, indem man den Starken schwächt«

### INTERVIEW

*Seit Beginn der neuen Legislaturperiode ist der 52-jährige wertkonservative CSU-Politiker **Hartmut Koschyk** Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen – er unterstützt nun Wolfgang Schäuble bei der Finanzmarkt- und Steuerpolitik. Von 2002 bis 2005 war der gebürtige Oberfranke innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von November 2005 bis Oktober 2009 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe. Über das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung, die Finanzkrise und über mögliche steuerliche Entlastungen für den Mittelstand sprach Hartmut Koschyk mit Joachim Schäfer.*



**Im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sind Risiken wie steigende Zinsen und Ölpreise nicht enthalten. Ebenso die Kosten der Gesundheitsreform. Gleichwohl muss der Bund ab 2011 jedes Jahr 10 Milliarden Euro einsparen – allein um die neue Schuldenbremse einzuhalten. Ist diese Herkules-Aufgabe überhaupt zu stemmen?**

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen sind fest davon überzeugt, dass Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt nachkommen und auch die nationale Schuldenbremse einhalten wird. Unter Federführung der Union ist es bereits zweimal gelungen, eine erfolgreiche und wachstumsorientierte Steuerpolitik mit notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zu verbinden. Auch in der Großen Koalition haben wir immer Wachstumspolitik mit Konsolidierung verbunden. So wurde die Nettoneuverschuldung, die für das Jahr 2009 ursprünglich mit 49 Milliarden Euro veranschlagt war, auf unter 35 Milliarden Euro gesenkt. Durch die Finanzkrise ist nun eine Ausnahmesituation eingetreten, mit dem Ergebnis, dass der Entwurf für das Haushaltsjahr 2010, der vom damaligen Finanzminister Peer Steinbrück eingebracht wurde, eine Nettoneuverschuldung von 86 Milliarden Euro vorsah. Die jetzige Regierung aus CDU/CSU und FDP ist mit 80 Milliarden Euro unter diesem Ansatz geblieben, obwohl das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und das Konjunkturpaket II, das für Unternehmen und Steuerzahler eine Entlastung von rund 20 Milliarden Euro bringt, finanziert werden mussten. Wir stabilisieren zudem in diesem Jahr durch Milliardenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt die sozialen Sicherungssysteme. Wir spannen also einen Schutzschirm über die Arbeitnehmer, damit – durch die Wirtschaftskrise bedingt – die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und für die Gesundheitsvorsorge nicht steigen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir im nächsten Jahr den Hebel wieder in Richtung Konsolidierung umlegen werden. Wenn es jemand schaffen kann, diese Herkules-Aufgabe – wie Sie es genannt haben – zu stemmen, dann ist es die jetzige Bundesregierung mit Wolfgang Schäuble als Finanzminister.

**Halten Sie es für sichergestellt, dass auch die Bundesländer und Gemeinden die Schuldenbremse umsetzen?**

Die Länder sind durch die Föderalismusreform II bereits in die Schuldenbremse eingebunden. Darüber hinaus will die Bundesregierung zu einer Neuordnung der Gemeindefinanzierung kommen. Dafür wurde eine Regierungskommission eingerichtet, die bereits ihre Arbeit aufgenommen hat und die konkrete Vorschläge zur Verfestigung der kommunalen Einnahmesituation machen soll.

**Steht bei der Neuordnung der Gemeindefinanzierung auch die Zukunft der Gewerbesteuer auf der Tagesordnung?**

In der Regierungskommission kommt alles auf den Tisch – ohne Tabus. Mit Sicherheit wird auch über die Frage diskutiert werden, ob an Stelle der Gewerbesteuer die Kommunen stärker an der Einkommensteuer partizipieren sollen, indem man ihnen ein eigenes Hebesatzrecht einräumt.

**Halten Sie – im Nachhinein betrachtet – die Senkung der Mehrwertsteuer im Beherbergungsgewerbe auf sieben Prozent für eine richtige Maßnahme? Der Verbraucher selbst hat nur in den wenigsten Fällen davon profitiert und der Unternehmer selbst wird höher belastet, weil er jetzt nur noch sieben Prozent statt 19 Prozent Vorsteuer geltend machen kann.**

Die jetzige Bundesregierung steht zu dieser Maßnahme, die im Wachstumsbeschleunigungsgesetz festgeschrieben ist. Es ist uns in erster Linie darum gegangen, einen Wettbewerbs- und damit einen Standortnachteil für das deutsche Hotelgewerbe auszugleichen. 22 von 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union haben einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz im Übernachtungs- und Beherbergungsgewerbe. Für deutsche Hoteliers, die im Grenzbereich zu unseren Nachbarstaaten beheimatet sind, haben sich die unterschiedlich hohen Mehrwertsteuersätze sehr negativ und nachteilig ausgewirkt. Wir möchten, dass Kongresse künftig nicht nur in Straßburg, sondern auch in Kehl, und nicht nur in Salzburg, sondern auch in Bad Reichenhall stattfinden und nicht aus steuerlichen Gründen ins Ausland verlegt werden.

**Welchen Effekt versprechen Sie sich darüber hinaus von der Mehrwertsteuersenkung?**

Wir vertrauen einer Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes unter 500 Mitgliedsbetrieben, die besagt, dass vor allem die mittelständischen Hotelunternehmen nach der Mehrwertsteuersenkung erhebliche Investitionen vornehmen werden, um ihre Betriebe zu modernisieren. Das führt zu einer Verbesserung der Attraktivität der – vor allem mittelständischen – Hotels in Deutschland. In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, dass sich diese Bundesregierung auch vorgenommen hat, die Systematik der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze auf den Prüfstand zu stellen. Dazu wurde bereits ein Gutachten in Auftrag gegeben. Nach dessen Auswertung wird es zu einer Überarbeitung und Neubewertung der Mehrwertsteuersätze kommen.

**Ließe sich die Beseitigung des „Mittelstandsbauches“ und der „kalten Progression“ nicht kostenneutral durchführen? Immerhin wäre dann schon einmal ein wichtiger Schritt in Richtung einer notwendigen Steuerstrukturreform gemacht.**

Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP haben vereinbart, im Zuge der Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 – aber auch unter der Beachtung der Vorgaben der Schuldenbremse – darüber zu beraten, wann und in welchem Umfang weitere Steuererleichterungen greifen sollen. Ich darf darauf hinweisen, dass bereits im Konjunkturpaket II der Einstieg in die Abflachung der sogenannten kalten Progression vollzogen wurde. Außerdem wird diese Koalition weitere Schritte unternehmen, das Steuersystem zu vereinfachen – so wie es bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde.

**Die EU-Kommission verlangt von Deutschland größere Anstrengung beim Schuldenabbau. Die Haushaltsstrategie reiche nicht aus, um den Schuldenstand zu senken, heißt es in Brüssel.**

Die Bundesregierung befindet sich mit ihrer Wachstumsprognose im Jahreswirtschaftsbericht an der untersten Skala dessen, was andere internationale Organisationen für Deutschland erwarten. Während wir sehr vorsichtig von einem Wachstum von 1,4 Prozent ausgehen, sie deln Organisationen wie die OECD und der IWF die Wachstumsprognose weitaus höher an – dies besonders mit Blick auf das Exportland Deutschland. Deshalb

wollen wir uns diese Exportstärke auch von niemandem kleinreden lassen. Wir helfen Europa nicht, wenn wir schwächer werden, sondern andere Länder müssen stärker werden, damit Europa insgesamt stärker wird. Exporte ziehen immer Ausrüstungsinvestitionen im Inland nach sich. Dies verstärkt die Binnennachfrage und vermindert das Arbeitsplatzrisiko. Mit anderen Worten: Man kann den Schwachen nicht dadurch stärken, indem man den Starken schwächt. Insofern wird zurzeit eine ziemlich absurde Diskussion geführt. ■

## Neubewertung

*„Die Bundesregierung wird die Systematik der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze auf den Prüfstand stellen“*



Mit Hartmut Koschyk sprach Joachim Schäfer

# LEX WARE